

Solidarität mit Palästina

Für einen klassenkämpferischen Internationalismus
gegen Krieg, Repression und Unterdrückung!



Schon seit mehreren Wochen findet eine Offensive der israelischen Armee gegen die palästinensische Bevölkerung statt. Vorwand war die Entführung und Ermordung von drei israelischen Jugendlichen, die auf dem Heimweg von ihrer Schule am 12. Juni in der Westbank verschwanden. Die Westbank wurde abgeriegelt, Grenzübergänge geschlossen und hunderte (mutmaßliche) Hamas-Mitglieder festgenommen und ihre Häuser zerstört. Palästinensische Steuergelder, die über Israel an die PalästinenserInnen zurückgehen sollten, wurden eingefroren. Als am 30. Juni die Leichen der drei Jugendlichen gefunden wurden, beschoss die israelische Luftwaffe den Gazastreifen, von dem sie zuvor mit etwa 20 Kleinraketen angegriffen wurde.

Am 2. Juli wurde ein 16-jähriger Palästinenser aufgefunden, der von israelischen Rechten lebend verbrannt worden war. Als Reaktion wurden aus dem Gazastreifen weitere Raketen in Richtung Israel abgefeuert. Am 8. Juli startete Israel offiziell eine militärische Offensive gegen die PalästinenserInnen mit dem zynischen Namen „Fels in der Brandung“.

Bisher kam es zu mehr als tausend toten PalästinenserInnen, darunter mehr als 200 Kindern. Laut der medico international-Partnerorganisation Al Mezan sind 77,5 % der Getöteten, palästinensische Zivilisten und mindestens 46,6 % wurden in ihren Häusern ermordet. Bei Antikriegsprotesten in der Westbank und Ostjerusalem, wurden ebenfalls PalästinenserInnen Opfer israelischer Soldaten und Siedler. Außerdem wurden bisher deutlich über 4 000 Wohnhäuser zerstört oder beschädigt

Hinzu kommen zerstörte Gebäude wie Moscheen, Schulen, Krankenhäuser oder auch NGO-Büros. Ein Angriff auf ein Kraftwerk im Gazastreifen führte dazu, dass Wasserpumpen vom Strom abgeschnitten wurden und Wasser im Gazastreifen knapp wird.

Israel nannte als Ziel der Militäroperation, die Zerstörung aller Tunnelanlagen der PalästinenserInnen im Gazastreifen. Unterstützt wird Israel unter anderem von der ägyptischen Armee, die am Sonntag, den 27. Juli alleine 13 unterirdische Gänge zerstörte, die den Gazastreifen mit der Sinai-Halbinsel verbinden. Die Tunnel sind für den Gazastreifen auch für Dinge des

alltäglichen Lebens wichtig, da Israel und Ägypten alle Grenzen des Streifens kontrollieren. Durch diese konnten neben Waffen, aber auch Zement, Benzin, Gas und viele weitere zivile und überlebenswichtige Waren geschmuggelt werden.

Laut Eigenaussagen Israels sind die Tunnel nun zerstört – die Angriffe wurden jedoch nicht beendet. Und selbst wenn Israel die militärische Operation „Fels in der Brandung“ beenden sollte, sind die Besatzung, die Schikanen und die Unterdrückung der PalästinenserInnen nicht vorbei.

Friedensverhandlungen?

Trotz verschiedenster Anläufe den Konflikt diplomatisch zu lösen, zeigt sich immer wieder, dass von israelischer Seite kein wirkliches Interesse an einem friedlichen Zusammenleben mit den PalästinenserInnen besteht. Die Verhandlungen, die regelmäßig nur durch internationalen Druck zustande kommen, scheiterten bisher im großen und ganzen alle.

Erst Ende Juli 2013 hatten neunmonatige Friedensgespräche zwischen der PLO und der israelischen Regierung unter Regie des US-Außenminister John Kerrys begonnen. Schon ende April 2014 erklärte Kerry ihr Scheitern. Seine anschließende Äußerung, dass Israel bei einem Scheitern der Zwei-Staaten-Lösung Gefahr laufe, zu einem „Apartheids-Staat“ zu werden, ist – auch wenn er sich später davon distanzierte – für einen US-Diplomaten ungewöhnlich deutlich. Israel hatte die Gespräche beendet, nachdem sich die Fatah, die die Westbank regiert, mit der Hamas, die den Gazastreifen kontrolliert, auf die Bildung einer Einheitsregierung verständigt hatte.

Die Machtkämpfe, die immer wieder zwischen beiden Organisationen ausbrechen, sind der israelischen Führung nur recht: Denn solange sich die PalästinenserInnen selbst bekämpfen, ist ihr Widerstand geschwächt und gespalten. Und ein geeintes Palästina zu verhindern, ist schon lange ein strategisches Ziel der israelischen Rechten.

Allein die Tatsache, dass die israelische Regierung während der letzten Verhandlung fast 14 000 neue Siedlungseinheiten in den palästinensischen Gebieten angekündigt hat, zeigt, dass die israelische Regierung kein Interesse an einer für beide Seiten tragbaren Übereinkunft hat.



Gegen religiösen Fundamentalismus – für die soziale Revolution!

Der palästinensische Befreiungskampf ist weltweit bekannt. Insbesondere in den 70er Jahren war dieser Kampf ein wichtiger Bezugspunkt für die antiimperialistische Bewegung:

Die Bilder von Steine werfenden Kindern gegen israelische Panzer, gingen um die Welt und erhitzen die Gemüter. Viele begannen sich mit dem Kampf der PalästinenserInnen gegen die militärische Übermacht Israels zu solidarisieren. Der Vietnamkrieg hatte weltweit für Empörung gesorgt und auch in den kapitalistischen Zentren eine neue antiimperialistische Bewegung entstehen lassen. Neue und spektakuläre Formen des palästinensischen Widerstandes sorgten für mediale Öffentlichkeit und Exilstrukturen außerhalb des Landes gewannen UnterstützerInnen und sorgten dafür, dass viele Menschen von dem Kampf in Palästina erfuhren und sich mit diesem identifizierten.

Anders als heute war der palästinensische Widerstand lange Zeit durch linke und fortschrittliche Organisationen geprägt. Eine wichtige Rolle nahm dabei die

1967 gegründete PFLP (Volksbefreiungsfront zur Befreiung Palästinas) ein. Sie versteht sich als marxistisch-leninistische Organisation und setzt sich für die Befreiung Palästinas, die Rückkehr der Flüchtlinge und für die Errichtung eines basisdemokratischen und sozialistischen palästinensischen Staates ein. Sie verfügte nicht nur über eine breite Verankerung innerhalb der palästinensischen Gesellschaft, sondern unterhielt Kontakte mit zahlreichen – auch bewaffneten – Organisationen im ganzen Nahen Osten und Europa.

In besonderem Maße war die PFLP daher ständlicher Repression ausgesetzt: So wurden viele ihrer Führungspersönlichkeiten ermordet, inhaftiert oder ins Exil gedrängt.

Aber auch interne Differenzen schwächten die Organisation.

Das Scheitern der PLO (Palästinensischen Befreiungsorganisation, ein Zusammenschluss verschiedener Organisationen, deren stärkste Kraft die Fatah ist), Ende der 80er Jahre hat, drängte den Einfluss linker Organisationen weiter zurück und beschleunigte gleichzeitig den Aufstieg der Islamisten. Während die Linken geschwächt aus der I. Intifada, die im Dezember 1987

als bewaffneter Aufstand im Westjordanland und im Gazastreifen begann, hervorgingen, hatten jene an Bedeutung gewonnen. Und das nicht ganz zufällig: Sehr gezielt wurden in den 80er Jahren islamistische Gruppen – z.B. Al Quaida als anti-sowjetische Kraft in Afghanistan – durch die USA und andere imperialistische Länder aufgebaut. Für Israel waren Hamas und Islamischer Dschihad zumindest anfangs als Gegengewicht zur Fatah und PFLP, nicht ganz unerwünscht.

Die Gründe für die relative Schwäche der Linken sind aber vielfältiger: Neben den genannten Gründen, spielte auch der Zusammenbruch der Sowjetunion, die den palästinensischen Befreiungskampf unterstützt hatte, eine Rolle. Auch gelang es der palästinensischen Bourgeoisie, an Einfluss zu gewinnen und die soziale Frage und die mit ihr verbundenen ökonomischen Machtverhältnisse in den Hintergrund zu drängen.

In erster Linie profitierte von dieser Entwicklung die Hamas. Sie ist eine sunnitische islamistische Organisation, die sich aus einer politischen Partei und den Qassam-Brigaden zusammensetzt. Sie ist 1987 entstanden und hat ihre ideologischen Wurzeln in der 1928 in Ägypten gegründeten Muslimbruderschaft. Bereits seit den 1970er Jahren setzte der Ableger der Muslimbruderschaft in den palästinensischen Gebieten auf soziale Aktivitäten, den Bau von Moscheen und Koranschulen, sowie die Schaffung von Wohlfahrtseinrichtungen, um sich in der palästinensischen Gesellschaft zu verankern. Auch wenn sich die Hamas momentan moderat gibt, ist sie ein Teil des fundamentalistischen politischen Islam.

Nun ist der Kampf gegen imperialistische Besatzung und Krieg legitim und begründet sich durch diese selbst. Die politischen Ziele und Perspektiven dürfen darüber aber nicht aus dem Blick geraten. Mit Kräften, die zwar gegen die Besatzung kämpfen, allerdings selbst für Unterdrückung anderer stehen, kann es keine Zusammenarbeit geben – im Gegenteil, das Beispiel Iran zeigt wohin solche verhängnisvollen Bündnisse führen können: Nachdem das Regime des Schahs 1979 gestürzt wurde, verfolgten und massakrierten die Islamisten hunderttausende Linke, Frauenrechte wurden aberkannt, Musik, Kultur und das ganze

gesellschaftliche Leben eingeschränkt und an der Auslegung des Korans orientiert. Die Gesetzgebung und der ganze Staatsapparat wurden islamisiert.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass der Widerstand im Gazastreifen nicht allein von der Hamas getragen wird. Und noch weniger, dass der palästinensische Widerstand sich allein auf Gazastreifen und Westbank beschränkt. Gerade in den sog. „48-er Gebieten“ – also die Gebiete, aus denen viele PalästinenserInnen zugunsten der zionistischer Siedler vertrieben wurden – finden seit mehreren Jahren wieder verstärkt linke Aktivitäten statt. Plätze werden besetzt, Straßen blockiert, Demonstrationen und öffentliche Sit-Ins organisiert.

Solidarität mit den linken Kräften!

Auch in Israel selbst sind verschiedene linke Kräfte gegen Krieg und Besatzung engagiert: Arabische, atheistische oder auch jüdische Menschen. Israelische AnarchistInnen – die u.a. sehr aktiv in der Bewegung gegen den Bau der Mauer waren – Menschenrechtsorganisationen oder kommunistische Kräfte.

Neben Antikriegsdemonstrationen von AraberInnen und Jüdinnen, in Tel Aviv oder auch in der Westbank, wo am 24. Juli beispielsweise mehr als 10 000 PalästinenserInnen „für Freiheit und Würde“ auf die Straße gingen, gab es im Juli kollektive Austritte aus den Reservistenverbänden der israelischen Armee. Mehr als 50 ReservistInnen haben den Kriegsdienst verweigert, einzelne sitzen mittlerweile im Gefängnis dafür:

Sie kritisieren in einem öffentlichen Brief die Armee aus Gründen, die wesentlich weitreichender sind, als der aktuelle Krieg oder die anhaltende Besatzung und stellen sich gegen die Militarisierung Israels und die diskriminierende Politik der Armee. Für sie sind „die derzeitige Militäroperation und die Auswirkungen der Militarisierung Israels untrennbar miteinander verknüpft. In Israel ist Krieg nicht nur Politik mit anderen Mitteln – er ersetzt Politik. Israel ist unfähig über Lösungen für den politischen Konflikt außerhalb der Sphären physischer Macht nachzudenken,

kein Wunder dass es für endlose Gewaltspiralen anfällig ist. Und wenn Kanonen tödlich schießen, kann keine Kritik mehr gehört werden“, so die UnterzeichnerInnen.

Sie stehen mit ihrer Kritik nicht alleine. Es gibt weitere Menschen ähnlich handeln. Sie sind bereit dafür einiges in Kauf zu nehmen. Neben gesellschaftlicher Ächtung, erfahren KritikerInnen und AktivistInnen gegen Israels Militärpolitik in vielen Fällen Berufsverbote oder lange Haftstrafen.

Leider steht dem Widerstand in Israel aber mehrheitlich eine gesellschaftliche Stimmung entgegen, die den Krieg begrüßt und Rassismus schürt: In verschiedenen Städten kam es zu einer Welle rassistischer Gewalt gegen Linke und Araber. Auf Demonstrationen von Rechten wurde „Tod den Arabern“ gerufen und bekannte Linke angegriffen:

„In Israel gibt es seit etwa einem Monat sehr viele rechtsradikale Angriffe, es gibt eine richtige Pogromstimmung gegen linke Israelis und Araber. Meine Freunde dort haben Angst, überhaupt aktiv zu sein. Die Mehrheit in Israel hasst die Linken sowieso, aber es war noch nie so gewalttätig wie jetzt. Natürlich mache ich mir auch Sorgen um meine Freude und Familie, wenn Raketen in Israel einschlagen. Aber ich muss sagen, meine Freude in Tel Aviv erleben gerade mehr Gewalt von Rechtsradikalen als durch Raketen.“, so ein jüdisch-israelischer Student, der in Berlin lebt, in einem Interview mit der Taz.

Wenn nun selbsternannte „antideutsche Linke“ diese Politik verteidigen und in ihr die einzig mögliche Antwort auf die Shoah und den weltweit verbreiteten Antisemitismus sehen, geht dies nicht nur an jeglicher Analyse verschiedener Interessenlagen und Klassenwidersprüche vorbei, sondern es rechtfertigt die Unterdrückung und Repression auch gegen israelische FriedensaktivistInnen, sowie den Krieg und die Unterdrückung der PalästinenserInnen. Bedauerlich ist außerdem, dass sie sich letztlich auf Seiten der rechten Nationalisten positionieren und eine Regierung, die in Israel einen neoliberalen Kurs verfolgt und gegen Linke mit Repression reagiert und Rassismus betreibt, unterstützen.

(Weiter auf Seite 6)

Eine lange Zeit der Unterdrückung und Vertreibung...

In Palästina findet seit vielen Jahrzehnten ein Kampf gegen Besatzung und Unterdrückung statt. Im Laufe der Jahrzehnte war er mehreren Veränderungen unterworfen. Daher hier ein kurzer historischer Rückblick auf die Geschichte in Palästina und Israel.

Im 19. Jahrhundert entstand die Idee einen „Judenstaat zu gründen“, so Theodor Herzl, der als Begründer des politischen Zionismus gilt. Er war es auch, der auf dem ersten Zionistenkongress 1897 die „Schaffung einer gesicherten Heimstätte in Palästina“ forderte. Der Kongress legte den Grundstein für die spätere Gründung von Israel und in den zwanziger Jahren wanderten Zionisten aus diesen Gründen nach Palästina aus. 1909 wurde die erste moderne jüdische Stadt – Tel Aviv – gegründet.

Die verbundenen Absichten wurden nicht verheimlicht: „Deshalb haben wir in unserer Forderung nicht von einem jüdischen Staat in Palästina gesprochen, sondern von Palästina als einem jüdischen Staat,“ so Ben Gurion, der erste Premierminister Israels.

Nicht alle hatten das Ziel damit die PalästinenserInnen zu vertreiben – aber es gab von Anfang an Personengruppen, für die dies zum Konzept der Staatsgründung gehörte.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Ende der osmanischen Herrschaft, eroberte Großbritannien Palästina. Der Balfour-Deklaration aus dem Jahr 1917 entsprechend, sollten die Briten dazu beitragen, eine jüdische Heimstätte in Palästina zu schaffen.

Dem widersetzten sich jedoch die PalästinenserInnen und es kam immer wieder zu Protesten. Den AraberInnen war die Unabhängigkeit versprochen worden, aber nichts dergleichen geschah und so wuchs das Misstrauen gegen die fremde Mandatsmacht. Aufstände und Unruhen gegen die Briten und die jüdische Einwanderung führten dazu, dass diese Zugeständnisse an die PalästinenserInnen machen mussten. So schränkten sie die jüdische Einreise immer wieder ein.

Schon 1937 hatte es einen Teilungsplan für Palästina gegeben und nach dem Ende des deutschen Faschismus wurden die Forderungen nach einem eigenen jüdischen Staat zum Schutz von Jüdinnen und Juden und insbesondere der Überlebenden der Shoah vehementer. Mehr und mehr jüdische Menschen reisten nach Palästina oder wurden sogar dorthin geschickt. Absicht der Zionisten war es, das gesamte britische Mandatsgebiet in ihren Besitz zu bringen und hierfür waren sie auch bereit in einen offenen Konflikt mit Großbritannien zu treten.

Unter den Siedlern gab es auch linke und sozialistische Kräfte, die gemeinsam mit den PalästinenserInnen in Frieden leben wollten und für eine sozialistische Lösung in einem Staat für alle einstanden. Dies sahen jedoch nicht alle so – weder alle Jüdinnen und Juden, noch alle AraberInnen. Der Druck auf Großbritannien wurde immer größer und so entschieden sich diese das „Problem“ an die UN zu übergeben. Deren Teilungsplan vom 9. November 1947 sah für Jüdinnen und Juden, die damals ca. 33 % der Bevölkerung ausmachten 56,4 % des Landes vor; für PalästinenserInnen welche 66 % der Bevölkerung darstellten, 43,6 %.

Die PalästinenserInnen lehnten den Plan ab, Israel war gespalten. Ben Gurion stimmte dem Teilungsplan zwar zu, machte aber in seiner Rede vor der zionistischen Exekutive deutlich, dass er vorhatte „nach dem Aufbau einer großen Armee im Anschluss an die Errichtung des Staates, die Teilung auf(zu)heben und uns über ganz Palästina ausdehnen (zu) können.“

Am 14. Mai 1948, kurz nachdem die letzten Briten das Land verlassen hatten, wurde der neue Staat Israel ausgerufen, aber noch vor dieser Gründung wurden mindestens 17 palästinensische Dörfer oder Stadtteile angegriffen, etwa 600 Menschen ermordet, hunderte Häuser gesprengt und tausende PalästinenserInnen verletzt.

Unmittelbar der Ausrufung des neuen Staates begann der Angriff arabischer Truppen aus Ägypten und weiteren Ländern:

„Der Fall von hunderten von palästino-arabischen Dörfern und der Städte von Tiberias, Safad, Acre, Haifa und Jaffa wie auch die Drohung gegenüber dem arabischen Jerusalem, verbunden mit der Ankunft von Hunderttausenden von arabischen Flüchtlingen in den arabischen Ländern, zwang die arabischen Regierungen unter gewaltigem öffentlichem Druck zu handeln [Walid Khalidi, palästinensischer Historiker und Literaturwissenschaftler].“
Sicherlich haben auch antisemitische Vorurteile in den arabischen Regierungen einen gewissen Anteil an der Entscheidung zum Angriff gehabt.

Erst 1949 endeten die Kämpfe. In ihrem Verlauf kam es zu etwa 700 000 palästinensischen Flüchtlingen. Auch wurde 85 % der Dörfer (418) die Israel eingenommen hatte zerstört. Statt der von der UN vorhergesehenen 56,4 %, hatte Israel fast 78 % des Landes in Besitz genommen.

Das Ende des ersten zionistischen-arabischen Krieges leitete jedoch nicht den Beginn von Frieden, sondern den Ausgangspunkt für weitere Konflikte und Kriege, ein. Regelmäßig kam es seitdem immer wieder zu militärischen Auseinandersetzungen und Vertreibungen. Nicht nur im Gazastreifen, der Westbank oder in Flüchtlingslagern haben die PalästinenserInnen Leid erfahren – auch in den annektierten Gebieten in Israel erfahren sie Unterdrückung und Rassismus. So gibt es in Israel viele Gesetze die die PalästinenserInnen diskriminieren. Sie erhalten beispielsweise nicht dieselben Sozialleistungen wie andere Menschen, bekommen kein Land für den Bau eines Hauses oder haben eine spezielle Kennzeichnung im Personalausweis, die sie als AraberIn kennzeichnet.

Leider ist noch immer kein Ende des Krieges in Sicht, stattdessen werden die PalästinenserInnen immer weiter von ihrem Land vertrieben, und ist Gaza treffend ausgedrückt das „größte Freiluftgefängnis der Welt“ [Wolf Wetzel].

Eine traurige und schwerwiegende Entscheidung stellt der Bau der Mauer dar, die Israel im Sommer 2002 in der Westbank begann. Durch diese wurden palästinensische Ländereien entschädigungslos zerstört, enteignet und von ihren BesitzerInnen abgetrennt. Begründet wurde der Bau mit der Sicherheit der israelischen Bevölkerung, tatsächlich ging es darum die territorialen Voraussetzungen für einen palästinensischen Staat zu zerstören. Der Mauerverlauf begünstigte die Ausweitungen der jüdischen Siedlungen auf palästinensischen Gebieten und jede vierte Familie in der Westbank hat durch die Mauer ihr Haus verloren. Zusätzlich wurden viele Olivenhaine, welche für die Bevölkerung eine wichtige Lebensgrundlage darstellen, zerstört und müssen viele PalästinenserInnen nun durch Check-Points reisen, wenn sie zur Arbeit – oder einfach nur in ihr Nachbardorf – wollen. Den Schikanen israelischer Soldaten sind sie dabei schutzlos ausgeliefert. Selbst der Internationale Gerichtshof in Den Haag und die UN-Vollversammlung sprachen sich gegen den Bau der Mauer aus, forderten deren (Teil-)Abriß und Entschädigungszahlungen an PalästinenserInnen.

Der aktuelle Krieg ist der dritte in nur fünf Jahren. In den vergangenen zehn Jahren sind laut der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem 6 750 PalästinenserInnen von den israelischen Besatzungstruppen ermordet worden und mittlerweile ist die Zahl deutlich gestiegen.

Auf die Straße für Solidarität!

Sicher ist: Weder der Großteil der jüdischen, noch der arabischen Bevölkerung hat ein objektives Interesse an dem Konflikt. Wer davon profitiert, sind die imperialistischen Länder, die durch ein militarisiertes Israel einen starken Verbündeten im Nahen Osten haben, die Waffenindustrie und fundamentalistische religiöse Kräfte auf beiden Seiten. Außerdem profitiert natürlich das israelische (und mit deutlichen Abstrichen auch das palästinensische) Kapital ökonomisch von der rechtlosen Situation der PalästinenserInnen und dem militarisierten Normalzustand, der auch in Israel immer wieder andere gesellschaftliche Konflikte wie z.B. Arbeitskämpfe überlagert.

Innerhalb der palästinensischen und israelischen Linken gab und gibt es immer wieder gemeinsame Aktivitäten: Ob gegen den Bau der Mauer, für die Freilassung von politischen Gefangenen oder ein Ende der Besetzung. Allerdings sind beide von massiver Repression und politischer Verfolgung bedroht.

Wir solidarisieren uns mit den linken Kräften und fordern ein Ende der Besetzung – soziale Befreiung ist mit der Besetzung nicht möglich – ein Leben in Würde bedarf jedoch auch der sozialen Befreiung. Das bedeutet auch, dass nicht die Frage nach einer „Ein- oder Zweistaatenlösung“ entscheidend für ein gemeinsames und solidarisches Leben der Menschen in Israel und Palästina ist. Unter den Bedingungen des Kapitalismus und

imperialistischer Machtausübung, können beide den genannten Ansprüchen nicht gerecht werden. Nur eine sozialistische Perspektive kann die Ausbeutung, Unterdrückung und den strukturell betriebenen Rassismus langfristig beenden und ein friedliches Zusammenleben mit gleichen Rechten gewährleisten.

Um in Deutschland eine fortschrittliche Solidaritätsbewegung aufzubauen, darf nicht anhand vermeintlicher ethnischer Grenzen streng bipolar Position bezogen werden. Ebenso wenig genügt es, nur moralisierend auf die Folgen des Krieges hinzuweisen. Wir distanzieren uns von den Kräften in der BRD, die mit Israelfahnen letztlich zum Krieg gegen die PalästinenserInnen aufrufen und sich damit direkt in die Reihen der Kriegstreiber einreihen, genauso wie von jenen die sich mit Islamisten verbünden. Es gilt nie außer acht zu lassen wofür wir stehen:

**Für eine solidarische Welt ohne Krieg,
Ausbeutung und Unterdrückung!**

**Gegen Imperialismus, Besetzung, Nationalismus,
Antisemitismus, religiösen Fundamentalismus
und Zionismus!**

Für den Kommunismus!



www.revolutionaere-aktion.org